

Dokumentation

HITLERS BRIEF AN REICHENAU VOM 4. DEZEMBER 1932

Vorbemerkung

Hitler hat den Briefwechsel niemals gepflegt. So steht auch das erst jetzt bekanntgewordene Schreiben an Reichenau in der Überlieferung der übrigen Selbstzeugnisse des „Führers“ vereinzelt da. Nach Anlaß und Inhalt erscheint es jedoch charakteristisch genug, um an dieser Stelle vorgelegt zu werden.

Das Wehrkreiskommando I (1. Division) in Königsberg i. Pr. hatte sich durch seinen Chef des Stabes, Oberst von Reichenau, wahrscheinlich auf dessen eigene Initiative¹ an Hitler gewandt, „es möchte eine besondere Weisung an die Parteileitung und SA-Führung in Ostpreußen ergehen, im innerpolitischen Kampf der NSDAP in dieser Provinz Rücksicht auf die schweren außenpolitischen Gefahren zu nehmen“. Um was ging es? Angesichts eines weit verbreiteten Gefühls, das sich auch der Reichsregierung gelegentlich mitteilte², Polen könne innen- und außenpolitische Schwierigkeiten des Reiches dazu benutzen, sich deutscher Grenzgebiete handstreichartig zu bemächtigen³, hatten sich seit den zwanziger Jahren die örtlichen Reichswehr-Dienststellen in Zusammenarbeit mit den preußischen Behörden ständig um den Ausbau eines Grenzschutz-Apparates bemüht. So auch in Ostpreußen. An der Aufstellung von Kadern sowie an den unter Reichswehrregie abgehaltenen Übungen beteiligten sich hier Angehörige verschiedenster politischer Verbände, das Reichsbanner eingeschlossen⁴. Obgleich die NSDAP, zunächst nur in größeren Städten wie Königsberg und Elbing Fuß fassend, lange Zeit in Grenzschutzfragen kaum eine Rolle gespielt hatte, scheint sie doch bald gegen den hier vorwaltenden Einfluß des Führerkorps des Stahlhelm opponiert und durch das Geltendmachen parteitaktischer Vorbehalte die Einmütigkeit des „nationalen“ Lagers auf dem Gebiete der Landesverteidigung in Frage gestellt zu haben. Der Eindruck, die NSDAP sabotiere sogar die Grenzschutz-Bestrebungen, wurde Anfang April 1932 durch die bei Haussuchungen der preußischen Polizei aufgefundenen Materialien⁵

¹ Der Wehrkreisbefehlshaber, Gen.Lt. von Blomberg, war durch seine Zugehörigkeit zur deutschen Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz von seinen Dienstgeschäften weitgehend abgezogen und sehr oft für längere Zeiträume von Ostpreußen abwesend.

² H. Brüning, Ein Brief, in: Dtsch. Rdsch. 70 (1947), H. 7, S. 2. Vgl. auch die Ausführungen Hammersteins vom 27. Februar 1932 (Th. Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1935, in dieser Zeitschrift 2 [1954], S. 420).

³ Reichenau zeigte keine Bedenken, auf dem Gebiete der Wehrpropaganda eigene und ungewöhnliche Wege zu beschreiten. 1932 ließ er durch einen Oberleutnant des Inf.-Regts. 3 unter dem Pseudonym Hans Nitram eine Broschüre veröffentlichen, die den Titel trug „Achtung! Ostmarkenrundfunk! Polnische Truppen haben heute nacht die ostpreußische Grenze überschritten!“

⁴ Dieses besonders in der Zeit, als Oberst von Bonin Chef des Stabes im Wehrkreis I war (1929/30).

⁵ Frankfurter Zeitung, Reichsausgabe, vom 18. März 1932. C. Severing, Mein Lebensweg, Bd. 2, Köln 1950, S. 330. K. Caro und W. Oehme, Schleichers Aufstieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenrevolution, Berlin 1933, S. 223.

sowie durch Teile einer in Lauenburg gehaltenen Rede hinreichend bestätigt, wo Hitler verkündet hatte: „Wenn man seiner Partei vorwerfe, daß sie sich einstweilen weigere, die deutschen Grenzen zu schützen, so müsse er allerdings sagen, daß er seine Kämpfer nicht für das System opfern wolle, sondern die Grenzen erst dann schützen werde, wenn zuvor die Träger des heutigen Systems vernichtet seien“.⁶

Reichenau, der gerade in jenen April-Tagen zum ersten Male „eine längere Unterredung mit Hitler unter vier Augen“ hatte⁷ und im Gespräch die aktuellen Grenzschutz-Gravamina kaum ausgelassen haben dürfte, begnügte sich jedoch nicht damit, örtliche Schwierigkeiten zu beanstanden und ihre Beseitigung zu versuchen. Er trachtete frühzeitig danach, mit Hitler und dessen politischen Auffassungen bekanntzuwerden⁸. Hierzu bediente er sich des Wehrkreis Pfarrers und späteren „Reichsbischofs“ Müller, der sich schon 1931 zur NSDAP bekannt hatte⁹ und gern die Vermittlung übernahm. Reichenau war es auch, der – anders als Schleicher – zwischen dem Parteiapparat und den Ansprüchen der SA einerseits und der Person Hitlers als dem in Wahrheit entscheidenden Faktor andererseits sicher zu unterscheiden verstand. So wird man sagen dürfen, daß Hitler das persönliche Interesse des Obersten am Nationalsozialismus, diese „moderne“ Aufgeschlossenheit eines begabten Außenseiters, sehr wohl erkannt hatte und darum auch die kaum mehr verborgene Sympathie Reichenaus für eine revolutionäre Erneuerung mit einer ausführlichen Antwort honorierte, als dieser im November 1932 zu Beschwerden Anlaß fand und sein Schreiben über Müller dem „Führer“ zugehen ließ.

Hitlers Brief datiert vom 4. Dezember 1932 aus Berlin, wo er mittags nach Abschluß des Wahlkampfes in Thüringen eingetroffen war¹⁰. Der Text ist an zwei Stellen als miteinander übereinstimmende Abschrift überliefert: einmal in einer Sammlung deutscher Akten, die vor kurzem von der Foreign Office Library, London, an die Bundesrepublik zurückgegeben wurden¹¹, und zum anderen in Alexandria, Va. (Departmental Records Branch)^{11a}.

⁶ O. Braun, *Von Weimar zu Hitler*, 2. Aufl., New York 1940, S. 380f.

⁷ Schreiben Reichenaus an Schleicher vom 7. April 1932, in: *Nachlaß Schleicher*, Bd. 19, fol. 49 (Bundesarchiv Koblenz). R. schreibt, die Unterredung sei „von befreundeter Seite zufällig“ herbeigeführt worden. „Mein Urteil über ihn deckt sich in hohem Maße mit dem Ihren, Herr General. Wenn ich etwas angestrebt habe, so ist es, Ihre Linie seinem Verständnis näher zu bringen und damit zur notwendigen Einigung beizutragen . . .“

⁸ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 133, fol. 38.

⁹ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 105, fol. 12f.

¹⁰ Völkischer Beobachter, Bayernausgabe, vom 6. Dezember 1932. J. Goebbels, *Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei*, München 1934, S. 215.

¹¹ Nach freundlicher Auskunft von Mr. B. Melland, Cabinet Office, London, vom 4. August 1959 zu Beständen der Parteikanzlei der NSDAP gehörig („Vorgänge betr. Verhandlungen und Besprechungen Hitlers August–Dezember 1932“), verfilmt unter Serial 5481 H, frames E 381 937–381 947. Hierzu bereits der Hinweis bei A. Bullock, *Hitler, Eine Studie über Tyrannei*, Düsseldorf 1953, S. 247 Anm. 233. Eine Interpretation des Briefes nach aktuell außenpolitischen Gesichtspunkten wird E. Robertson in einer Monographie über Hitlers Außenpolitik 1933–1939 geben.

^{11a} Record Group 1035, EAP 250–a/14: Adolf Hitler, Kanzlei. Vgl. dazu: *Guides to German records microfilmed at Alexandria, Va.*, Vol. 3, Washington 1958, S. 1.

In dem Schreiben versucht Hitler ganz offensichtlich, einen ihm persönlich bekannten Reichswehroffizier in entscheidender Position mit einer im Grunde wenig verbindlichen Zusage („Ich werde alles tun . . .“) fürs erste zufriedenzustellen und im übrigen werbend darauf zu verweisen, welche wehrgeistige Basis für die Landesverteidigung nicht nur Ostpreußens geschaffen werden würde, wenn die Nationalsozialisten an die Macht gelangten. Dabei fällt auf, daß Hitler unbekümmert um die Tatsache, daß gerade zwei Tage zuvor sein Gegenspieler, der Reichswehrminister von Schleicher, die Kanzlerschaft und das Reichskommissariat in Preußen übernommen hatte, dessen Untergebenen Reichenau eine abfällige Kritik über das Urteilsvermögen der Generalität und die von der Wehrmacht beherrschte Situation des Tages zumutet. In seinen scheinbar logisch aufgebauten Darlegungen argumentiert er jedoch seiner Gewohnheit entsprechend vom Innenpolitisch-Weltanschaulichen her: die auch sonst von ihm geforderte Herstellung einer „geistigen Willenseinheit des deutschen Volkes“¹² war für ihn die wichtigste Voraussetzung für eine Zielsetzung, bei der er seinen eigenen Willen mit dem des Volkes verhängnisvoll identifizierte. Nicht der Staat soll übernommen werden, sondern allein die Machtposition, die er bietet. Mit ihr gedenkt Hitler dann den von ihm so genannten „tiefen Regenerationsprozeß“ durchzuführen, und erst an dessen Ende steht die Sanktionierung des Neuen einschließlich aller wehr- und außenpolitischen Weiterungen durch die übrige Welt¹³. Die „rechtliche Anerkennung“, das „neue Recht“ hat sich also aus den zuvor veränderten Machtverhältnissen im Innern und deren Auswirkungen gleichsam als reife Frucht zu ergeben. Damit wird auch eine charakteristische Reihenfolge angesprochen, wie sie ähnlich sehr oft in den Wahlkämpfen des Jahres 1932 zu hören gewesen ist und sogar wirtschaftliche Reformen mitsamt der Forderung „Arbeit und Brot“ auf den letzten Platz verwies¹⁴. An erster Stelle des „Prozesses“ wird dagegen immer wieder die Vernichtung des Marxismus und seiner Rand- und Folgeerscheinungen¹⁵ unter gleichzeitiger Be-

¹² So etwa auf Massenkundgebungen in Dresden (25. Juli) und München (5. November 1932). Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 88, Fasz. 53, fol. 56 ff. bzw. 78. Vgl. auch Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrieklub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München 1932, S. 6 f.

¹³ S. unten S. 437.

¹⁴ Ganz deutlich machen das die Ausführungen Hitlers in Dresden am 25. Juli 1932 (a. a. O., vgl. Anm. 12, fol. 38): „Aus dem Kampfe wird dann endlich hervorgehen ein zusammengefaßter politischer Wille der deutschen Nation. Und dieser Wille wird beherrscht sein von dem Grundgedanken: alle Zukunft liegt in uns, weil nur in uns allein die Kraft liegen kann, und in unserer Kraft liegt die Macht, und in der Macht liegt das Recht, und in dem Recht allein kann die Freiheit liegen, und in der Freiheit allein kann das tägliche Brot seine Wurzeln finden.“

¹⁵ S. unten S. 437. Ähnlich am 3. Februar 1933 (Th. Vogelsang, Neue Dokumente, a. a. O., S. 434): „Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel.“ Vgl. dazu die Parallelaufzeichnungen Mellenthins, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 105, fol. 5. Zu den „Folgeerscheinungen“ zählt auch die Demokratie. Sie wird vor der Generalität als „Krebsschaden“, als „Utopie“ und als „das Verhängnisvollste, was es gibt“ bezeichnet.

mühung einer akuten kommunistischen Gefahr genannt, welche die Beiseitesetzung aller rechtlichen und humanen Empfindungen motivieren soll¹⁶.

Aber auch die außenpolitische Konzeption Hitlers erfährt durch die beschwörenden Auslassungen des Briefes eine Beleuchtung. Es wird zunächst eine grundsätzlich negative Einstellung zu den Verhandlungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz sichtbar. Wie den Grenzschutzbestrebungen, versagt Hitler auch den Bemühungen um die „militärische Gleichberechtigung“ seine moralische Unterstützung, weil sie eben nicht oder „noch nicht“ von einem nationalsozialistischen Staat getragen werden. Wir stoßen dabei auf eine gewisse Zweispältigkeit in der Beurteilung der Lage: einmal wird Hitler von der Vorstellung geplagt, die Regierung Schleicher könnte neben der sich anbahnenden innenpolitischen Beruhigung und einem verheißungsvollen Start der Arbeitsbeschaffung auch auf außenpolitischem Gebiet spürbare Erfolge davontragen, zum anderen ist er ehrlich davon überzeugt, daß eine weitere offen betriebene Gleichberechtigungs- und Aufrüstungspolitik Frankreich zu präventiven Schritten verleiten könnte. Das würde Situationen hervorrufen, die wiederum in den von ihm erstrebten Prozeß der „Willensbildung“ nachhaltige Störungen hineinbrächten. Nur er allein glaubt sich den Schwierigkeiten gewachsen; also wird er zunächst auf Ruhe und Stillhalten bedacht sein¹⁷, aber gleichzeitig, unter Vortäuschung einer bereits vollzogenen „Willenseinheit“ des Volkes nach außen, im Innern das große Programm durchführen und die Nervenbelastung auf sich nehmen. Geschickt kleidet Hitler seine – im übrigen natürlich grundsätzlichen – Bedenken gegenüber Schleicher vor den Augen Reichenaus in eine Toga, deren Falten den französischen Präventivkrieg bergen, und appelliert damit in der Rolle des besorgten Politikers an das Verantwortungsgefühl des Stabschef an der „polnischen“ Front. Aber dieses wortreiche Widerraten kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß er auch bei vorausgesetztem Gelingen der Aufrüstungspolitik Schleichers diesem den Erfolg nicht gönnte, der ihm selber den nationalen Wind aus den Segeln nahm. Das außenpolitische Vabanquespiel, das er zwischen den Zeilen zum Vorwurf erhebt, sollte der „Führer“ später unter erschwerten Umständen in weitaus größerem Maßstabe betreiben. Freilich konnte Hitler nicht wissen, daß eine Woche nach Abfassung des Briefes in Genf die sogenannte Gleichberechtigungs-Formel den Westmächten abgerungen wurde (11. Dezember). So urteilte er am 3. Februar 1933 vor den Befehlshabern der Reichswehr schon etwas vorsichtiger: es sei „falsch, sich zu sehr auf den Gedanken der Gleichberechtigung festzulegen“, und fügte hinzu: „Wir müssen im Geheimen wirtschaftlich und militärisch alle Vorbereitungen hundertprozentig treffen und erst, wenn wir dies erreicht haben, hervortreten. Dann haben wir die Freiheit des Entschlusses¹⁸.“ Aber

¹⁶ Geradezu als einen der Leitsätze totalitären Denkens kann man folgenden Passus bezeichnen: „Wir sind nicht objektiv, wir sind unbedingt subjektiv veranlagt! Alles, was Deutschland nützt, ist in unseren verruchten Augen recht, und das andere ist falsch!“ Hitler in München am 7. September 1932, a. a. O., (vgl. Anm. 12), fol. 67.

¹⁷ K. D. Bracher, Das Anfangsstadium der Hitlerschen Außenpolitik, in dieser Zeitschrift 5 (1957), bes. S. 70ff. und 74ff.

¹⁸ Aufzeichnungen Mellenthins vom 3. Februar 1933, a. a. O., (vgl. Anm. 15), fol. 6.

die Furcht vor der französischen Intervention bleibt: „Gefährlichste Zeit ist die des Aufbaus der Wehrmacht. Da wird sich zeigen, ob Frankreich Staatsmänner hat; wenn ja, wird es uns Zeit nicht lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Ost-Trabanten)¹⁹“.

Noch kein Vierteljahr seit der Abfassung des Briefes war verstrichen, als Ende Februar 1933 Reichenau, jetzt Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium in Vertretung Blombergs den in Berlin versammelten Befehlshabern u. a. folgendes bekanntgab:

„... Erkenntnis ist notwendig, daß wir in einer Revolution stehen. Morsches im Staat muß fallen, das kann nur mit Terror geschehen. Die Partei will gegen den Marxismus rücksichtslos vorgehen. Aufgabe der Wehrmacht: Gewehr bei Fuß...“²⁰

Und wörtlich dieselbe Parole „Gewehr bei Fuß“! gab Reichenau einige Tage später, am 9. März, als der Chef des Stabes des Münchner Wehrkreiskommandos sich telefonisch bei ihm nach den Möglichkeiten eines Einsatzes der Truppe zugunsten der von den Gleichschaltern Epp und Röhm bedrängten bayerischen Regierung Held erkundigt hatte²¹.

So ist der Brief Hitlers an Reichenau nicht nur ein beredtes Zeugnis für das taktische Stufenkonzept des angehenden Diktators gewesen, sondern hat sich auch im Verhalten seines Empfängers unmittelbar ausgewirkt.

Thilo Vogelsang

1932 Dezember 4, Berlin.
Brief Adolf Hitlers an
den Obersten von Reichenau.

Maschinenschr. Abschrift. – Alexandria,
Va. Departmental Records Branch, The
Adjutant General's Office, Record Group
1035. EAP 250-a/14: Adolf Hitler, Kanzlei.
– Mikrofilm im Archiv des Instituts
für Zeitgeschichte, National Archives
Microcopy No. T-81, Rolle 1, Serial 7,
fol. 11 542–11 552.

Sehr verehrter Herr Oberst!

Durch Herrn Pfarrer Müller erhielt ich das Schreiben, in dem das Wehrkreiskommando I bittet, es möchte eine besondere Weisung an die Parteileitung und S.A.-Führung in Ostpreußen ergehen, im innerpolitischen Kampf der N.S.D.A.P. in dieser Provinz Rücksicht auf die schweren außenpolitischen Gefahren zu nehmen. Die Besorgtheit, die aus diesem Schreiben spricht, kann ich nicht nur verstehen, sondern ich muß sie leider teilen. Daß ich daher alles tun werde, was im Bereiche meiner Möglichkeiten

¹⁹ Aufzeichnungen des Gen.Lt. Liebmann vom 3. Februar 1933 (Th. Vogelsang, *Neue Dokumente*, a. a. O., S. 435). Ähnlich die entsprechende Stelle in der Niederschrift Mellenthins (fol. 6).

²⁰ Nach den Aufzeichnungen des damaligen Chefs der Wehrmachtsabteilung, Oberstlt. Ott. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugschrifttum Nr. 279, fol. 19.

²¹ J. Held, *Heinrich Held, Ein Leben für Bayern*, Regensburg 1958, S. 74. Reichenau bezeichnete „die Angelegenheit als eine rein innerbayerische...“, aus der die Reichswehr sich vollständig herauszuhalten habe“.

liegt, der Provinz keinen Schaden zuzufügen, ist selbstverständlich. Da ich aber sehr befürchte, daß viele meiner Maßnahmen nicht verstanden werden und das Ergebnis im ganzen nur zu leicht negativ aussehen kann, fühle ich mich veranlaßt, Ihnen, Herr Oberst, als dem Chef des Stabes der Reichswehrdivision zur Rechtfertigung meines Verhaltens ein Bild der Lage zu geben, so wie ich sie ansehe. Vielleicht werden Sie das Vorgehen der Bewegung anders beurteilen, wenn Ihnen die dahinter liegenden Absichten und die mich selbst beherrschenden Gedanken von vornherein bekannt sind.

Die Frage der territorialen Sicherheit Ostpreußens steht in engster Beziehung zur gesamtäußen- und innenpolitischen Situation des Reiches. Diese möchte ich in kurzen Sätzen folgendermaßen skizzieren. Der Ausgang des Weltkrieges hat Frankreich nicht die restlose Erreichung der gehegten Kriegsziele gestattet. Insbesondere gingen die Hoffnungen auf einen allgemeinen inneren Zerfall des Reiches nicht in Erfüllung. Der Friedensvertrag von Versailles war daher von dem französischen Bestreben diktiert, für die nächste Zeit eine möglichst breite staatliche Interessengemeinschaft gegen Deutschland aufrechtzuerhalten. Dem Zweck dienten in erster Linie die territorialen Beschneidungen des Reichsgebietes. Indem man fast sämtliche der umliegenden Staaten mit deutschem Landbesitz bedachte, hoffte man, um Deutschland einen Ring der durch gemeinsame Interessen miteinander verbundenen Nationen zu schmieden. Im Osten sollte dabei an Stelle des zu dieser Zeit nicht ins Gewicht fallenden (und im übrigen damals auch in seiner Entwicklung nicht zu berechnenden) Rußland das von Frankreich abhängige Polen treten. Die durch den polnischen Korridor erfolgte Abtrennung Ostpreußens mußte zwangsläufig zu dem suggestiven Wunsch führen, diese Provinz als ohnehin zum großen Teil von Polen umklammert diesem Staate einzuverleiben. Tatsächlich setzte die großpolnische Propaganda unmittelbar nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages in dieser Richtung ein.

Wohl aus Angst vor der deutlich drohenden Gefahr versuchte die deutsche Außenpolitik, durch Herstellung eines engeren Verhältnisses zu Rußland eine Entlastung im Osten herbeizuführen. Bei aller Würdigung der politischen und militärischen Gründe war ich seit jeher gegen diesen, wie mir schien, bedenklichen Versuch aufgetreten. Die Gründe für diese meine besonders dem General von Hammerstein seit vielen Jahren genau bekannte Einstellung waren – und sind auch heute noch – folgende:

1. Rußland ist kein Staat, sondern eine Weltanschauung, die zur Zeit auf dieses Territorium beschränkt ist, bzw. es beherrscht, die aber in allen anderen Ländern Sektionen unterhält, die nicht nur dem gleichen revolutionären Ziele zustreben, sondern auch organisatorisch der Moskauer Zentrale unterstellt sind. Ein Sieg dieser Auffassungen in Deutschland muß zu unabsehbaren Folgen führen. Ein Kampf gegen diese vergiftenden Tendenzen aber ist um so schwerer, je mehr aus außenpolitischen Gründen mit der Zentrale dieser Vergiftung politisch und militärisch zusammengearbeitet wird. Das deutsche Volk ist heute gegen den Kommunismus genau so wenig immun, wie es im Jahre 1917 bzw. 18 nicht immun war gegen den Gedanken der Revolution an sich. Dieses Problem können Offiziere und Staatsmänner nur dann beurteilen, wenn sie Völkerpsychologen sind. Wie die Erfahrung zeigt, trifft das nur sehr selten zu.
2. Ich halte aus diesem Grunde die Sowjet-Diplomatie nicht nur für unzuverlässig, sondern überhaupt für nicht vergleichbar mit den außenpolitischen Führungen der anderen Nationen und damit für verhandlungs- und vertragsunfähig. „Verträge“ können nur zwischen Kontrahenten auf gleicher weltanschaulicher Ebene abgeschlossen werden.
3. Sollten wir aber einmal – was Gott verhüten möge – im Ernstfall durch Sowjethilfe gerettet werden, dann würde dies erst recht die Aufpflanzung der roten Fahne in Deutschland bedeuten.

4. Sowie durch die militärische Erstarkung Rußlands der Wert des polnischen Bundesgenossen für Frankreich so vermindert wird, daß eine wirkliche Unterstützung französischer Absichten gegen Deutschland im Osten gefährdet erscheint, wird Frankreich entweder Rußland von Polen wegzuziehen versuchen oder im Falle des Mißlingens einer solchen Aktion Polen endgültig fallen lassen, um Rußland dann an seine Stelle zu setzen.
5. Das politische Zusammengehen Deutschlands mit Rußland berührt die übrige Welt unsympathisch. Das wirtschaftliche Zusammengehen zerstört mit die Zukunft unserer deutschen Exportindustrie.

Ich habe daher aus diesen Erwägungen seit nunmehr rund zwölf Jahren unentwegt vorgeschlagen, eine engere Verbindung einerseits zu Italien und andererseits zu England als wünschenswertestes außenpolitisches Ziel anzustreben.

Ich glaube, daß mir unterdessen die Entwicklung schon jetzt Recht gibt.

Frankreich hat infolge der sichtbaren Entwertung des polnischen Bundesgenossens- und wie mir scheint mit Erfolg – versucht, Rußland im fernen Osten zu engagieren, um an der polnischen Grenze eine Entlastung herbeizuführen. Im nunmehr unterzeichneten Nichtangriffspakt zwischen Rußland und Polen kann man diese weitausgreifende Aktion Frankreichs als im wesentlichen glücklich beendet ansehen²². Damit aber stehen wir mitten in einer neuen Einkreisungspolitik, wenn nicht schon vor ihrem Abschluß. Daß bei diesem großen Unternehmen die neuerstarkte Kapitalmacht Frankreichs wesentlich mitwirkt, darf zumindest für Polen als erwiesen gelten. Ich halte sie für das kapitalsarme Rußland in der Zukunft ebenfalls für wahrscheinlich.

Ostpreußen geht damit in dem Augenblick verloren, in dem eine bestimmte innerpolitische Situation eine in der Welt Deutschland abgeneigte Atmosphäre für den polnischen Angriff schaffen würde. Die Ausrufung einer Monarchie zum Beispiel oder überhaupt eine heute vorgenommene Reaktivierung des Hauses Hohenzollern – gleich in welcher Form – kann diesen Schritt sofort herbeiführen.

Die militärischen Mittel und Möglichkeiten Ostpreußens sind meines Erachtens nicht genügend, einen längeren aussichtsreichen Widerstand durchzuführen. Die militärische Unterstützung aber durch das Reich sehe ich unter Zugrundelegung der augenblicklichen politischen Verhältnisse als gleich null an. Ich halte die theoretische Forcierung der deutschen Aufrüstung dabei für die schlimmste Gefahr. Es ist denkbar, daß Frankreich heute nicht mehr in der Lage ist, die theoretische Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands zu sabotieren. In diesem Falle wird die darauffolgende Spanne Zeit, da aus der theoretischen Gleichberechtigung die praktische, technische und organisatorische Aufrüstung zu erfolgen hat, die gefährlichste Epoche der deutschen Geschichte sein. Wenn je die Gründe für einen Präventivkrieg sprechen, dann in diesem Falle für einen Angriff Frankreichs gegen Deutschland. Nur ein solcher militärischer Akt schafft die erwünschten neuen Tatsachen, und dieselbe Welt, die uns heute ihr theoretisches Wohlwollen schenkt, würde sich hüten, die vollzogenen Tatsachen etwa mit Waffengewalt korrigieren zu wollen.

Es ist dabei für Frankreich nichts erwünschter, als den ersten Schritt in dieser neuen Aktion einem Dritten überlassen zu können. Gründe und Anlässe dafür sind jederzeit zu konstruieren.

Ich sehe daher, wie schon betont, die Gefahr dieses Angriffs als eine akute an und glaube, daß man gut tut, mit ihrem Ausbruch in jedem Augenblick zu rechnen!

²² Den im Januar paraphierten und am 25. Juli unterzeichneten Nichtangriffspakt zwischen Polen und der Sowjetunion hatte die polnische Regierung am 27. November 1932 ratifiziert. Er war von Frankreich, das seinerseits schon 1931 ein Nichtangriffsabkommen mit der Sowjetunion getroffen hatte, als Vorbedingung für dessen Unterzeichnung angesehen worden, welche daraufhin ohne Verzug am 29. November vorgenommen wurde.

Demgegenüber fehlt heute die Möglichkeit eines aktiven Eingreifens Deutschlands bei einem solchen Konflikt. Der Grund liegt keineswegs im Fehlen der notwendigen technischen Rüstung, als vielmehr in der hierfür gänzlichen Ungeeignetheit des deutschen Volkes dank seinem geistigen, moralischen und politischen Verfall.

Das deutsche Volk bildet heute zwei Weltanschauungsgruppen, von denen die eine für jeden dem heutigen Staat zu leistenden militärischen Dienst ausfällt. Nach den letzten Reichstagswahlen ergibt sich folgendes Bild der seelischen Struktur unseres Volkes:

Kommunisten	6 Millionen
Sozialdemokraten	7,4 Millionen
Zentrum	4 Millionen
Staatspartei etc.	1 Million
Nationalsozialisten	12 Millionen
Deutschnationale Volkspartei (einschließlich Stahlhelm)	3 Millionen
Deutsche Volkspartei etc.	1 Million

Das heißt also: Im Falle eines heute Deutschland aufgezwungenen Krieges ist mehr als die Hälfte der Nation ihrem Wesen nach teils mehr oder weniger pazifistisch, teils bewußt wehr- und verteidigungsfeindlich eingestellt. Die Meinung einzelner Generale, die militärische Ausbildung (es könnte sich dabei in einem augenblicklichen Kriegsfall immer nur um eine ganz kurz bemessene handeln) würde die parteipolitische, weltanschauliche Erziehung wieder ausmerzen, ist gradezu kindisch. Selbst die zweijährige Dienstzeit brachte es im Frieden nicht fertig, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Der Hinweis, daß die S.P.D.-Arbeiter aber 1914 ihre Pflicht taten, ist falsch. Denn nicht der bewußte Marxist tat damals seine Pflicht, sondern der Deutsche, der vorübergehend in einer inneren Aufwallung dem Marxismus entsagte. Die bewußte marxistische Führung begann bereits im Jahre 15 mit der Gegenarbeit und brachte endlich 1918 nach unerhört ruhmreichem Widerstande das Volk zur Revolution und damit das Reich zum Zusammenbruch!


Die damalige Sozialdemokratie kann dabei überhaupt nicht verglichen werden mit der heutigen K.P.D. Der Marxismus, im Jahre 1914 eine theoretische Idee, hat heute praktisch einen gigantischen Weltteil erobert. Ein Krieg Deutschlands in seiner heutigen Verfassung würde die Nation von Anfang an schon nervenmäßigen Belastungsproben aussetzen, die zumindest für das Hinterland in keinem Verhältnis ständen zu den analogen Vorgängen im Weltkrieg.

Die Meinung aber, in diesem Fall auf die nationalen Verbände zurückgreifen zu können, ist für diese heute so verfernten und verfolgten Gebilde ja höchst ehrenvoll, aber praktisch nicht nur ohne jede Bedeutung, sondern eher noch von furchtbaren Folgen begleitet. Denn ein Einziehen der nationalen Elemente unter die Fahnen und ihr Abschieben (als mehr oder weniger unausgebildetes Kanonenfutter!) an die Fronten, heißt die Heimat im selben Augenblick dem roten Mob ausliefern. Das Jahr 1918 war ein Kinderspiel gegen das, was dann käme.

Während daher unsere politischen und militärischen Strategen die deutsche Aufrüstung als eine technische und organisatorische Aufgabe ansehen, sehe ich die Voraussetzung für jede Aufrüstung in der willensmäßigen und geistigen Herstellung einer neuen deutschen Volkseinheit. Ohne die Lösung dieses Problems ist das ganze Gerede von „Gleichberechtigung“ und „Aufrüstung“ ein oberflächliches und dummes Geschwätz.

Diese Herstellung einer weltanschaulich, geistig und willensmäßigen Einheit in unserem Volk ist die Aufgabe, die ich mir vor vierzehn Jahren stellte, und für die ich

seitdem gekämpft habe. Daß unsere offiziellen Dienststellen der zivilen und militärischen Behörden diesem Problem mit vollständiger Fassungslosigkeit, um nicht zu sagen Stupidität gegenüberstehen, nimmt mich nicht wunder. Es ist in der Geschichte noch nie anders gewesen. Alle großen Gedanken und Reformen der Menschheit sind nicht von den Zünften ausgegangen. Warum sollte es also heute anders sein? Allein die Würdigung dieser geschichtlichen Wahrheit entbindet denjenigen, der eine solche Frage in ihrer ganzen Riesengröße einmal erkannt hat, nicht von der Verpflichtung, dafür auch einzutreten. Ich muß daher, so leid es mir tut, gegen jede deutsche Regierung Stellung nehmen und muß sie unduldsam bekämpfen, die nicht entschlossen und bereit ist, diese innere Aufrüstung der deutschen Nation vorzunehmen. Aus ihr heraus ergeben sich dann alle weiteren Maßnahmen.

Das derzeitige Kabinett des Generals von Schleicher halte ich nun deshalb für besonders unglücklich, weil es schon durch die Person des Trägers dieser Frage noch verständnisloser gegenüberstehen muß, als jedes andere. Dieses Problem der inneren, geistigen Aufrüstung der Nation kann, wie immer in der Geschichte, auch dieses Mal nicht von einem Heer, sondern nur von einer Weltanschauung gelöst werden. Die Armee damit [zu] beschäftigen, läßt sie in den Augen vieler als parteiisch erscheinen, genau so, wie umgekehrt die Aufgabe selbst in den Augen der Massen dadurch kompromittiert wird. Denn weder die Polizei noch das Militär haben jemals Weltanschauungen vernichtet und noch viel weniger Weltanschauungen aufgebaut. Ohne Weltanschauung kann aber auf die Dauer kein menschliches Gebilde bestehen. Weltanschauungen sind die Gesellschaftsverträge und Basen, auf denen sich größere menschliche Organisationen erst errichten lassen. Ich sehe daher zum Unterschied unserer heutigen Staatsmänner die deutschen Aufgaben der Zukunft in folgenden: 

1. Überwindung des Marxismus und seiner Folgeerscheinungen bis zu ihrer vollständigen Ausrottung. Herstellung einer neuen geistigen und willensmäßigen Einheit des Volkes.
2. Allgemeine seelische, sittliche und moralische Aufrüstung der Nation auf dem Boden dieser neuen weltanschaulichen Einheit.
3. Technische Aufrüstung.
4. Organisatorische Erfassung der Volkskraft für den Zweck der Landesverteidigung.
5. Erreichung der rechtlichen Anerkennung des bereits herbeigeführten, neuen Zustandes durch die übrige Welt.

Nur ein tiefer Regenerationsprozeß kann an Stelle des heutigen Experimentierens und Suchens nach immer neuen kleinen Aushilfen eine endgültige klare Lösung der deutschen Krise bringen. Aus dieser Auffassung heraus aber bitte ich Sie, Herr Oberst, meine Haltung beurteilen zu wollen.

Ich werde alles tun – das ist selbstverständlich – was getan werden kann, um einer schwer bedrängten Provinz die notwendige Rücksicht angedeihen zu lassen. Allein gerettet kann Ostpreußen nur werden, wenn Deutschland gerettet wird. Daß durch das neue Kabinett Schleicher diese einzig mögliche Rettung wieder verschoben und erschwert wird, liegt auf der Hand. Möge es aber wenigstens nicht zu jenen Experimenten greifen, die meiner Überzeugung nach den vorbereiteten Angriff Frankreichs vor der Welt gradezu als moralisch gerechtfertigt erscheinen lassen würden. Denn die Welt würde glücklich sein, ihr Nichteingreifen in eine polnische Aktion – die man bei einer französischen Unterstützung heute gar nicht verhindern kann – mit Gründen zu motivieren, die die moralische Schuld als bei Deutschland liegend feststellen könnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener
gez. Adolf Hitler.